

Antrag auf Einbürgerung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis
Einbürgerung

Antrag

- [nach § 10 \(StAG\)](#) Anspruchseinbürgerung für Personen aus dem Ausland mit längerem Aufenthalt; Miteinbürgerung ausländischer Ehegatten und minderjähriger Kinder.
- [nach § 8 \(StAG\)](#) Ermessenseinbürgerung für Personen aus dem Ausland
- [nach § 9 \(StAG\) Einbürgerung als Ehegatte](#) oder eingetragener Lebenspartner einer Person mit deutscher Staatsangehörigkeit

1. Antragstellende Person

1.1 Angaben zur Person

Familienname		Geburtsname		Vorname (siehe Personalausweis)	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/Geburtsstaat	
Geburtsland/Geburtsstaat		Staatsangehörigkeit			
Familienstand <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft		Datum (TT.MM.JJJJ)			
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft aufgehoben		seit:			
Gegebenenfalls Ort der Eheschließung oder des Partnerschaftsvertrages					
Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach				Postleitzahl	Ort
Telefon (Festnetz oder Mobil)		Fax		E-Mail	

1.2 Legitimation

Ausweisdokument		Seriennummer Ausweis oder Pass		Ausstellungsdatum		gültig bis	
Ausgestellt durch (Behörde)							

1.3 Aufenthaltsrechtlicher Status

Datum der Einreise		<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Duldung		Bezeichnung Status		gültig bis	
		<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis <input type="checkbox"/> sonstiger Status					

2. Ehe- oder Lebenspartnerin / Ehe- oder Lebenspartner

2.1 Angaben zur Person

Familienname		Geburtsname		Vorname (siehe Personalausweis)	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/Geburtsstaat	
Geburtsland/Geburtsstaat		Staatsangehörigkeit			
Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach				Postleitzahl	Ort

2.2 Legitimation

Ausweisdokument		Seriennummer Ausweis oder Pass		Ausstellungsdatum		gültig bis	
Ausgestellt durch (Behörde)							

2.3 Aufenthaltsrechtlicher Status

Datum der Einreise		<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Duldung		Bezeichnung Status		gültig bis	
		<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis <input type="checkbox"/> sonstiger Status					

2.4 Einbürgerung

Die Ehe- / Lebenspartnerin / der Ehe- / Lebenspartner soll mit eingebürgert werden.
 ja, nein die Person besitzt bereits die deutsche Staatsangehörigkeit

Vervielfältigung, Nachahmung, Bereinstellung und Veröffentlichung nur mit Genehmigung

Internet: <https://www.machproforms.de>
E-Mail: info@machproforms.de

3. Angaben zu Vorehen

Waren Sie schon einmal verheiratet oder lebten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft? nein ja, mit

1	Familiennamen		Vorname (siehe Personalausweis)		Staatsangehörigkeit	
	Dauer der Verbindung	Datum von	Datum bis	Grund der Auflösung (beispielsweise Scheidung)		
2	Familiennamen		Vorname (siehe Personalausweis)		Staatsangehörigkeit	
	Dauer der Verbindung	Datum von	Datum bis	Grund der Auflösung (beispielsweise Scheidung)		
3	Familiennamen		Vorname (siehe Personalausweis)		Staatsangehörigkeit	
	Dauer der Verbindung	Datum von	Datum bis	Grund der Auflösung (beispielsweise Scheidung)		

4. Angaben zu Kindern

1	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		
2	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		
3	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		
4	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		
5	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		
6	Familiennamen		Geburtsname		Vorname (siehe Ausweis)	
	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
	Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach			Postleitzahl	Ort	
	Das Kind ist aus <input type="checkbox"/> der jetzigen Ehe <input type="checkbox"/> einer vorherigen Ehe <input type="checkbox"/> aus keiner Ehe			Das Kind soll mit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein eingebürgert werden		

5. Angaben zu bestehenden oder ehemaligen Staatsangehörigkeiten

Bitte nennen Sie Ihre weiteren Staatsangehörigkeiten und gegebenenfalls den Grund des Verlustes.

	Staatsangehörigkeit	besteht noch	Grund des Verlustes
1		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
2		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
3		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
4		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
5		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

6. Besonderer Status

Die antragstellende Person ist

- Vertriebene Person nach [Bundesvertriebenengesetz - BVFG](#)
 - Heimatlose ausländische Person
 - Ausländischer Flüchtling
 - Asylberechtigt
- Bestehen die Gründe für die Asylgewährung weiterhin? ja nein

7. Wehrdienst

Die antragstellende Person ist

- wehrpflichtig
- zum Wehrdienst eingezogen worden
- vom Wehrdienst befreit
- zu einem anderen Militärdienst eingezogen worden

Staat von bis

8. Aufenthaltsorte (In- und Ausland)

Lfd. Nr.	Aufenthaltsort	Zeitraum von/seit	bis
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			

9. Schul- / Berufsausbildung

Lfd. Nr.	Art der Ausbildung	Zeitraum (von - bis)	Ort	Abschluss
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				

10. Arbeits- / Beschäftigungsverhältnisse

Lfd. Nr.	Art der Tätigkeit	Zeitraum (von - bis)	Arbeitgeber (Name und Ort)
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			

11. Straf- und Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

Bitte nennen Sie hier alle gegen Sie anhängigen Ermittlungs- und Strafverfahren und fügen eine Kopie des Urteils bei. (Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in ein Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregistergesetz aufzunehmen sind.) Zu berücksichtigen ist [§ 12 a Staatsangehörigkeitsgesetz \(StAG\)](#)

Art des Verfahrens	Tatbestand	Verurteilendes Gericht oder ermittelnde Behörde	Strafmaß	Datum Urteil / Ermittlung
<input type="checkbox"/> Strafverfahren				
<input type="checkbox"/> Ermittlungsverfahren				
<input type="checkbox"/> Strafverfahren				
<input type="checkbox"/> Ermittlungsverfahren				
<input type="checkbox"/> Strafverfahren				
<input type="checkbox"/> Ermittlungsverfahren				
<input type="checkbox"/> Strafverfahren				
<input type="checkbox"/> Ermittlungsverfahren				

Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt? ja nein

12. Deutschkenntnisse

Wie beziehungsweise wodurch haben Sie deutsche Sprachkenntnisse erworben?

Elternhaus
 Schulbesuch
 Selbststudium
 Besuch eines deutschen Sprachinstituts

Aufenthalt im deutschsprachigen Raum

Staat

Ergänzende Angaben

13. Integrationskurs im Sinne von § 43 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Haben Sie einen Integrationskurs besucht? ja (bitte belegen) nein

14. Regelmäßiges Einkommen

Haben Sie in der Vergangenheit schon einmal Sozialhilfe bezogen? nein ja Bitte Nachweis beifügen.

Lfd. Nr.	Einkommensart (zum Beispiel Lohn, Gehalt, öffentliche Leistungen)	(netto-) Betrag (Bitte Nachweis beifügen)
1.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
2.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
3.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
4.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
5.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
6.		€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich

15. Vermögen

Lfd. Nr.	Vermögensart (Bitte Nachweis beifügen)	(Zeit-) Wert
1.		€
2.		€
3.		€
4.		€
Gesamtwert		€

16. Schulden

Sind Sie im Schuldenregister eingetragen? ja nein

Haben Sie Schulden-/Hypothekendarlehen zu leisten? ja nein

Lfd. Nr.	Art Bitte Nachweis beifügen.	Höhe
1.	Hypothek	€
2.	Bankkredit	€
3.	Steuerrückstände	€
4.		€
5.		€
Summe		€

17. Unterhaltsverpflichtungen

Sind Sie zu Unterhaltsleistungen verpflichtet? ja nein Bitte Nachweis beifügen.

Lfd. Nr.	Empfängerin / Empfänger	Monatshöhe
1.		€
2.		€
3.		€
Summe		€

Bestehen Unterhaltsrückstände? nein ja, in Höhe von €

18. Regelmäßiges Einkommen der Familienangehörigen

Lfd. Nr.	Einkommensart	Name der Person	(netto-) Betrag (Bitte Nachweis beifügen)
1.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
2.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
3.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
4.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
5.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
6.			€ <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich

20. Eltern

20.1 Vater

Familienname		Geburtsname		Vorname			
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/Geburtsstaat		Staatsangehörigkeit	
Familienstand <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft		Datum (TT.MM.JJJJ)		<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft aufgehoben		seit:	
Ort der Eheschließung/des Partnerschaftsvertrages		Falls verstorben		Todesstag (TT.MM.JJJJ)		Art der Vaterschaft <input type="checkbox"/> leiblicher Vater <input type="checkbox"/> Adoptivvater	
Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach		Postleitzahl		Ort			

20.2 Mutter

Familienname		Geburtsname		Vorname			
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Geburtsland/Geburtsstaat		Staatsangehörigkeit	
Familienstand <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft		Datum (TT.MM.JJJJ)		<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft aufgehoben		seit:	
Ort der Eheschließung/des Partnerschaftsvertrages		Falls verstorben		Todesstag (TT.MM.JJJJ)		Art der Mutterschaft <input type="checkbox"/> leibliche Mutter <input type="checkbox"/> Adoptivmutter	
Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach		Postleitzahl		Ort			

21. Antragsstatus

Dieser Antrag ist ein

- Erstantrag Wiederholungsantrag

Name der Behörde		Aktenzeichen		Datum (TT.MM.JJJJ)	
Straße, Hausnummer, Zusatzangaben oder Postfach		Postleitzahl		Ort	
Begründung der Ablehnung / Ergebnis					

22. Ergänzungen

--

23. Anlagen

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt:

Antragstellende Person		Nachweis Integrationskurs	
Nachweis Aufenthaltsstatus		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		Nachweis Deutschkurs	
Eine Kopie der Geburtsurkunde		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		Nachweis besonderer Status der antragstellenden Person	
Kopie der Heiratsurkunde		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		Nachweis zur Legitimation (Ausweisdokument)	
Nachweis zu weiteren Staatsangehörigkeiten		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		Nachweis zur Legitimation (Ausweisdokument)	
Kopie vollständige Urteile Strafverfahren		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
1 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		2 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
3 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		4 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
Ehe-Lebenspartnerin / Ehe-Lebenspartner		Eltern	
Aufenthaltsstatus		Mutter Kopie Sterbeurkunde	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	
Nachweis zur Legitimation (Ausweisdokument)		Vater Kopie Sterbeurkunde	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden	

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt:

Antragstellende Person		
Nachweis zum Einkommen		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
4	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
5	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
6	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Nachweis zu Vermögen		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
4	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
5	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Nachweis Schulden, Belastungen		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
4	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
5	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Nachweis Unterhaltsverpflichtung		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Nachweis Sozialhilfe/Grundsicherung		
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Nachweis Einkommen Familienangehörige		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
4	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
5	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
6	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Kopie Geburtsurkunde Kind/er		
1	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
2	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
3	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
4	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
5	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht <input type="checkbox"/> ist nicht vorhanden
Weitere Anlagen		

Hinweis zu Gebühren

Die Gebühr für die Einbürgerung ergibt sich nach dem [Staatsangehörigkeitsgesetz \(StAG\) § 38](#)

In begründeten Fällen kann die Gebühr aber auch ermäßigt oder auf Null reduziert werden.

Eventuelle Gebühren für die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit und Gebühren für Übersetzungen und Urkunden und Ähnliches sind hier nicht inbegriffen.

Hinweise zur Erhebung der Daten und zum Datenschutz

Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt nach der [Datenschutzgrundverordnung \(DSGVO\)](#) Artikel 6 Absatz 1e) in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit [§ 2 Bundesdatenschutzgesetz \(BDSG\)](#) in Verbindung mit den landesrechtlichen Vorschriften, sowie dem [§ 10 Staatsangehörigkeitsgesetz \(StAG\)](#) sowie den [§§ 8 und 9 Staatsangehörigkeitsgesetz \(StAG\)](#). Im Übrigen gibt es eine Vielzahl von Rechtsgrundlagen für eine Einbürgerung. Diese können im Einzelfall bei der Staatsangehörigkeitsbehörde erfragt werden. Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf den [§§ 10 bis 12 b des Staatsangehörigkeitsgesetzes](#). Ohne die verlangten Angaben ist die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrags nicht möglich.

Bitte belegen Sie soweit möglich Ihre Angaben.

Erklärung der antragstellenden Person

Mir ist bekannt, dass nach [§ 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes](#) mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Mir ist bekannt, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzliche, unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist ([§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz](#)).

Änderungen in meinen persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen während der gesamten Dauer des Einbürgerungsverfahrens teile ich umgehend und unaufgefordert mit (zum Beispiel Umzug, Eheschließung, Ehescheidung, Verlust des Arbeitsplatzes, Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, Verurteilung zu einer Geld- oder Freiheitsstrafe, Bezug von öffentlichen Leistungen).

Ich erteile die Erlaubnis zur Einsicht in die Ausländerakte/n. Mit der Auskunftserteilung durch den für mich zuständigen Träger der Sozialhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, das Jugendamt sowie der Finanzbehörden zum Nachweis der Angaben bin ich einverstanden. Diese Stellen entbinde ich ausdrücklich von der Datenschutzpflicht.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterschrift/en wurde/n in meiner Anwesenheit vollzogen.
Die Echtheit wird hiermit beglaubigt/bestätigt.

Ort, Datum, Unterschrift antragstellende Person

Unterschrift/Dienstsiegel

Unterlagen für Einbürgerungsanträge nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Einbürgerungsanträge erhalten Sie beim Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis oder bei den Gemeinden. Die Anträge können auch bei der Wohngemeinde eingereicht werden. Den Anträgen sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Einbürgerungsantrag Lichtbild (aktuelles Foto)
- Lebenslauf (unterschrieben und handgeschrieben, wenn kein deutscher Schulabschluss)
- vollständige Kopie des Reisepasses / Ausweises / Reiseausweis
- Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis (entfällt bei freizügigkeitsberechtigten EU-Bürgern)
- Geburtsurkunde
- Heiratsurkunde (bzw. Lebenspartnerschaftsurkunde)
- bei Scheidung: Scheidungsbeschluss/-urteil mit Rechtskraftvermerk
- Nachweise über die Sorgerechtsregelung, über Unterhaltszahlungen
- Nachweise über ausreichend deutsche Sprachkenntnisse (z.B. 4 aufeinander folgende Schuljahreszeugnisse mit Versetzung, Hauptschulabschlusszeugnis, Zeugnis mit Versetzung in die 10. Klasse, Zertifikat Deutsch B 1)
- bei Schülern: aktuelle Schulbescheinigung und letztes Jahreszeugnis
- bei Kindern: Altersgemäße Sprachentwicklung / Bescheinigung der KiTa, etc, o.a.
- Nachweise über die Schul- und Berufsausbildung in Deutschland (z.B. Zeugnisse, Schulbescheinigung, Gesellenbrief, Ausbildungsabschluss)
- Versicherungsverlauf der Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung)
- Nachweise über die beruflichen Tätigkeiten in Deutschland (z.B. durch Arbeitsverträge, etc.)
- Einkommensnachweise wie
 - Verdienstbescheinigungen der letzten 3 Monate (auch von Ehepartner)
 - Rentenbescheid (aktuell)
 - Bescheid über Leistungen nach dem SGB II, SGB XII
- Nachweis über die monatlichen Mietaufwendungen (Mietvertrag o. Mietbescheinigung) **oder**
- bei Wohneigentum: Grundbuchauszug oder notarieller Kaufvertrag
- Integrationskurs
- Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme am Einbürgerungstest (entfällt, wenn der Schulabschluss einer allgemeinbildenden deutschen Schule {HS, RS, Gym.} nachgewiesen wird)
- bei Kindern: Kindergeld, Elterngeld, Einkommensnachweise der Eltern
- bei Studenten: Kindergeld, BAföG, Verdienstbescheinigung bei Nebenverdienst
- bei Auszubildenden: Kindergeld, Ausbildungsvertrag, -vergütung,
- Nachweis über private Altersvorsorge
- Einwilligungserklärung zum Einbürgerungsantrag
- Erklärung zum Lebensunterhalt
- Erklärung zum Einbürgerungsantrag
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Loyalitätserklärung
- Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus
- Informationen zur DSGVO
- Meldedaten Einbürgerung (Anlage 1)

Behörde Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis Neckarelzer Str. 7 74821 Mosbach

Postleitzahl, Ort 74821 Mosbach	Datum (TT.MM.JJJJ)
Sachbearbeitende Person Einbürgerung	Zimmernummer
Telefon (Durchwahl) 06261/84-0	Telefax
E-Mail (Angabe freiwillig) einbuergung@neckar-odenwald-kreis.de	
Aktenzeichen (bitte immer angeben!)	

Einwilligungserklärung zum Einbürgerungsantrag

1. Antragstellende Person

Familienname		Geburtsname		Vorname	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Staatsangehörigkeit/en	
Straße		Hausnummer	Postleitzahl	Ort	

2. Erklärung

2.1 Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde und die mit der Vorprüfung befasste untere Verwaltungsbehörde die für die Entscheidung über meinen Einbürgerungsantrag erforderlichen Einkünfte einholen können. Sie darf auch Unterlagen in dem Umfang beziehen, wie es die Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg über das Verfahren bei Ermessenseinbürgerungen vorsieht.

2.2 Ich befreie die zu ersuchenden Stellen von Ihrer Geheimhaltungspflicht gemäß

- [§ Artikel 6 Absatz 1 e](#)) in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 der [Datenschutzgrundverordnung \(DSGVO\)](#) in Verbindung mit [§ 2 Bundesdatenschutzgesetz](#) (BDSG) und den entsprechenden Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes ([§4 LDSG \(BW\)](#)),
- [§ 30 Absatz 4 Nummer 3 Abgabenordnung](#) (1977),
- [§ 67 Nummer 1 Sozialgesetzbuch, 10. Buch \(SGB X\)](#).

2.3 Gleichzeitig ermächtige ich die ersuchten Behörden, Gerichte und andere Institutionen, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen beziehungsweise Akten vorzulegen.

Diese Erklärung gebe ich zugleich für meine mit einzubürgernde, minderjährigen Kinder ab:

--

2.4 Mir ist bekannt, dass mein Einbürgerungsantrag gebührenpflichtig ist. Nach den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG), der Staatsangehörigkeitsgebührenverordnung, des Aufenthaltsgesetzes und des Bundesverwaltungsgesetzes sowie den entsprechenden Erlassen hierzu, entsteht die Gebührenpflicht bereits bei Antragstellung. Dabei kommt es nicht auf den Ausgang des Verfahrens an. Das heißt, dass auch bei Ablehnung oder Rücknahme des Einbürgerungsantrags eine entsprechende Verwaltungsgebühr bezahlt werden muss.

2.5 Ich wurde von der Einbürgerungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Einbürgerungsverfahren in der Regel 12 - 15 Monate dauern kann.

Vollständige Unterschrift Einbürgerungsbewerber / Einbürgerungsbewerberin	
---	--

Hinweis
bitte erst bei Antragstellung in der Behörde unterschreiben!

Unterschrift weiterer gesetzlicher Vertreter der minderjährigen Person	
--	--

Unterschriftsbeglaubigung nach Maßgabe des [§ 34 Verwaltungsverfahrensgesetz \(VwVfG\)](#) beziehungsweise der vergleichbaren Landesnorm ([§ 34 LVwVfG](#)):

Es wird hiermit beglaubigt, dass die vorstehende/n erforderliche/n Unterschrift/en zum Einbürgerungsantrag von dem Einbürgerungsbewerber /der Einbürgerungsbewerberin persönlich vor mir geleistet wurde/n.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Erklärung

zur Bestreitung des

Lebensunterhaltes

Hiermit erkläre ich, dass ich den Lebensunterhalt für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) oder nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII, Sozialhilfe) bestreiten kann.

(Ort, Datum)

(Name, Vorname, Geburtsdatum des Einbürgerungsbewerbers (in Druckbuchstaben))

(Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers)

Information gem. Art. 13, 14 der Datenschutzgrundverordnung

Vorbemerkung zur Datenerhebung

Diese Information dient dem Zweck Sie über unseren Umgang mit Ihren Daten zu informieren. Ihre Daten werden aufgrund unserer Verpflichtungen im Rahmen des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), des Freizügigkeitsgesetzes (FreizügG/EU), des Asylgesetzes (AsylG) sowie des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) erhoben und verarbeitet. Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt einen sehr hohen Stellenwert, weshalb die Verarbeitung Ihrer Daten im Einklang mit den spezialgesetzlichen Bestimmungen des AufenthG, des AsylG, des StAG sowie allen weiteren gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere auch den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) erfolgt.

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes, des Asylgesetzes sowie des Staatsangehörigkeitsgesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zweck der Ausführung dieser Gesetze und (ausländer-)rechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesen Gesetzen und nach (ausländer-)rechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist. (§§ 7 AsylG, 86 AufenthG, 8 FreizügG/EU, §§ 8-10,31 StAG).

Gemäß den gesetzlichen Regelungen dürfen Daten auch ohne Mitwirkung des Betroffenen bei anderen öffentlichen Stellen, ausländischen Behörden und nichtöffentlichen Stellen erhoben werden, wenn eine Rechtsvorschrift es vorsieht oder zwingend voraussetzt, es offensichtlich ist, dass es im Interesse des Betroffenen liegt und kein Grund zu der Annahme besteht, dass er in Kenntnis der Erhebung seine Einwilligung verweigern würde, die Mitwirkung des Betroffenen nicht ausreicht oder einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde, die zu erfüllende Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen Personen oder Stellen erforderlich macht oder es zur Überprüfung der Angaben des Betroffenen erforderlich ist.

Zur Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität dürfen die in § 48 AufenthG genannten erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden. Auf die Mitwirkungs- und Auskunftspflichten gemäß § 47a AufenthG wird verwiesen.

1. Für die Verarbeitung Ihrer Daten verantwortlich ist

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis, vertreten durch den Landrat Dr. Achim Brötel, Neckarelzer Straße 7, 74821 Mosbach

Zuständige Organisationseinheit: Fachbereich 2 FD Ordnung und Verkehr – SG Ausländer- und Asylrecht
Neckarelzer Str. 5, 74821 Mosbach & Eberstadter Str. 52, 74722 Buchen
E-Mail: Auslaenderbehoerde@Neckar-Odenwald-Kreis.de, Telefon: 06261 84-0

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Unsere Datenschutzbeauftragte Tabea Gernoth-Laber erreichen Sie unter:
E-Mail: Datenschutz@Neckar-Odenwald-Kreis.de, Telefon: 06261 84-1042.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Erfüllung von ausländerrechtlichen Aufgaben, wie etwa die Prüfung, Erteilung und dem Entzug von Aufenthaltsrechten, Arbeitserlaubnissen, der Erteilung und Aufhebung von aufenthaltsrechtlichen Auflagen, der Prüfung, Verhängung und Aufhebung von Einreise- und Aufenthaltssperren, der Erteilung und Aufhebung von Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen und allen sonstigen Entscheidungen und Maßnahmen, welche nach dem AsylG, dem FreizügG/EU und nach dem AufenthG zu treffen sind. Im Falle eines Antrags auf Einbürgerung erfolgt die Datenverarbeitung um die Prüfung des Antrags vornehmen zu können. Die Einbürgerungsbehörde muss hierzu die Daten erheben, verarbeiten und ggf. an Dritte weiterleiten.

Um diese Aufgaben zur erfüllen, werden Ihre Daten benötigt.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt aufgrund Art. 6 Abs. 1e DSGVO in Verbindung mit den spezialgesetzlichen Regelungen der §§ 7,8 AsylG, §§ 86 – 91g AufenthG i. V. m. § 11 FreizügG/EU sowie §§ 6, 15 und 32 Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZRG) bzw. im Bereich Einbürgerung nach den §§ 8 bis 12 i. V. m. §§ 31,32 StAG.

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Öffentliche Stellen, haben auf Ersuchen (§ 7 Abs. 1) den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden ihnen bekannt gewordene Umstände mitzuteilen, soweit besondere gesetzliche Verwendungsregelungen oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen.

Insbesondere sind dies: die Strafverfolgungsbehörden, die oberste Landesbehörde, den Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden, die Ausländerbehörden, die deutschen Auslandsvertretungen, die Agentur für Arbeit, die Träger der gesetzlichen Kranken-, -Pflege-, Unfall- oder Rentenversicherung, die Meldebehörden, das Rechenzentrum ITEOS, Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bundesverwaltungsamt, für die Durchführung der Integrationskurse zugelassenen privaten und öffentlichen Träger, das Bundeskriminalamt, Jugendämter, Sozialämter, das Ausländerzentralregister und Auslandsvertretungen (Botschaften und Konsulate).

Die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die oben genannten Behörden ergibt sich aus den §§ 7, 8, 90, 88a, 89, 89a, 90c, 91a-g AufenthG i. V. m. § 11 FreizügG/EU bzw. §§ 32, 33 StAG. Die Übermittlung erfolgt nur im gesetzlich vorgegebenen Rahmen und nur für den in der jeweiligen Vorschrift genannten Zweck.

6. Speicherdauer

Die Asylverfahrensakten des Bundesamtes sind spätestens zehn Jahre nach unanfechtbarem Abschluss des Asylverfahrens zu vernichten sowie in den Datenverarbeitungssystemen des Bundesamtes zu löschen. Die Fristen zur Vernichtung und Löschung aufgrund anderer Vorschriften bleiben davon unberührt (§ 7 AsylG).

Die Daten über die Ausweisung, Zurückschiebung und die Abschiebung sind zehn Jahre nach dem Ablauf der Frist der Einreise- und Aufenthaltssperre zu löschen. Sie sind vor diesem Zeitpunkt zu löschen, soweit sie Erkenntnisse enthalten, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr gegen den Ausländer verwertet werden dürfen. Mitteilungen von öffentlichen Stellen mit Ausnahme von Schulen sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihnen bekannt gewordene Umstände auf Ersuchen, die für eine anstehende ausländerrechtliche Entscheidung unerheblich sind und voraussichtlich auch für eine spätere ausländerrechtliche Entscheidung nicht erheblich werden können, sind unverzüglich zu vernichten. § 20 Abs. 5 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechende Vorschriften in den Datenschutzgesetzen der Länder finden keine Anwendung (§ 91 AufenthG, i. V. m. § 11 FreizügG/EU).

Die Daten einer Verpflichtungserklärung werden sechs Jahre ab dem Ende des Geltungszeitraums der Verpflichtungserklärung nach § 68 Abs. 1 S. 1 AufenthG bzw. § 68a AufenthG (vgl. § 70 Abs. 1 AufenthG) vernichtet.

7. Betroffenenrechte

Nach der DSGVO steht Ihnen ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15) sowie ein Recht auf Berichtigung unzutreffender Daten (Art. 16) oder Löschung (Art. 17) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18) oder ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21) sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20) zu.

Ihnen steht ferner ein Beschwerderecht bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde zu.

Die Beschwerde richten Sie an:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Königstraße 10a

70173 Stuttgart

Tel.: 0711/61 55 41 0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Wir benötigen Ihre Daten, um Ihren Antrag bearbeiten zu können sowie die weiteren o. g. ausländerrechtlichen Aufgaben rechtskonform erfüllen zu können.

9. Datenerhebung bei Dritten

Das Sachgebiet Ausländer- und Asylrecht kann unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch aus anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen und/oder Personen erheben. Dies können z. B. andere Ausländerbehörden, Haupt- und Meldeämter der Kommunen, Leistungsbehörden, Polizei, Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Maßnahme- und Bildungsträger etc. sein. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter, Internet usw.

Ich habe diese Hinweise erhalten:

.....
Datum

.....
Unterschrift

Anm.: Eine Unterschrift ist hier vorgesehen, weil der Verantwortliche verpflichtet ist, einen Nachweis (Dokumentationspflicht) darüber zu haben, dass diese Information erfolgt ist.

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familienname, Vorname/n

Geburtstag und -ort

1. Ich bin bereit die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden.
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrages erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Soweit bei ggf. vorliegenden Verurteilungen im Rahmen eines Urteils

- antisemitische,
- rassistische,
- fremdenfeindliche,
- oder sonstige menschenverachtende

Beweggründe festgestellt wurden, habe ich dies im Antrag angegeben. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren.

Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.

3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.
4. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro; ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrages ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird mit Bearbeitung des Antrages bei der Einbürgerungsbehörde fällig.

Ort, Datum

Unterschrift

Melddaten – Einbürgerung

(bitte vollständig ausfüllen)

(Familienname, Vorname, Geburtsdatum)

Angaben zu allen Wohnungen (Haupt- und Nebenwohnungen – **der letzten 6 Jahre**)

Meldeadresse (1)	
PLZ, Wohnort	
Straße	
Hauptwohnung	<input type="checkbox"/>
Nebenwohnung	<input type="checkbox"/>
Tag des Einzugs	
Tag des Auszugs	

Meldeadresse (2)	
PLZ, Wohnort	
Straße	
Hauptwohnung	<input type="checkbox"/>
Nebenwohnung	<input type="checkbox"/>
Tag des Einzugs	
Tag des Auszugs	

Meldeadresse (3)	
PLZ, Wohnort	
Straße	
Hauptwohnung	<input type="checkbox"/>
Nebenwohnung	<input type="checkbox"/>
Tag des Einzugs	
Tag des Auszugs	

(Ort, Datum und Unterschrift)

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen; Loyalitätserklärung

Familienname, Vorname/n	Geburtsdatum und -ort
-------------------------	-----------------------

1. Bedeutung des Bekenntnisses

Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes sowie zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen**. Nähere Ausführungen enthält das beigefügte **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus**. Durch das Bekenntnis soll Ihre Hinwendung zur Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

1.1 Inhalt des Bekenntnisses

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- dass antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen, mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen,
- die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- das friedliche Zusammenleben der Völker und das Verbot der Führung eines Angriffskriegs.

Ich bestätige, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung des Bekenntnisses verstanden habe und dass meine Erklärung meiner inneren Überzeugung entspricht.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

2. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

2.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten **Merkblatt**.

2.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden ggf. dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt, um den Wahrheitsgehalt meiner Angaben zu überprüfen. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft. Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen können und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

2.3 Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage folgende Erklärung ab; für mich trifft zu,

2.3.1 dass ich derzeit **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe
(weiter mit Nr. 3.1)

2.3.2 dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe
(weiter mit Nr. 3.2)

2.3.3 dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe
(weiter mit Nr. 3.3).

3. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

3.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.1)

Ich erkläre, dass ich derzeit keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift

3.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.2)

Ich erkläre, dass ich

Zeitraum Von	Bis
-----------------	-----

extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit

Zeitpunkt

gelöst habe; zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

4

Bearbeitungsvermerk der Staatsangehörigkeitsbehörde

Der/Die Antragsteller/in hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Fragen sind nicht gestellt worden.

Fragen sind gestellt und beantwortet worden (gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen).

Die vorstehende Erklärung ist

in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden,

schriftlich eingereicht worden.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Familienname, Vorname/n	Geburtstag und -ort:
-------------------------	----------------------

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes sowie zur**
- **besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.**
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte.

Informationen über das Grundgesetz, die freiheitliche demokratische Grundordnung, das jüdische Leben in Deutschland, das Existenzrecht des Staates Israel und Antisemitismus - gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützpfiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

1.8 Garantie der Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz

Antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen sind mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar und stehen dem Bekenntnis entgegen.

Mit umfasst ist damit auch die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau.

1.9. Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges

Mit dem Bekenntnis werden elementare in der Bundesrepublik Deutschland geltende Grundsätze abgebildet. Die Einbürgerungsbehörde hat sich zu vergewissern, dass deren Inhalt tatsächlich verstanden und verinnerlicht wurde.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher auch nicht getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von früheren Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**
Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.
- **Bestand des Bundes oder eines Landes**
Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.
- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**
Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.
- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**
Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.
- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**
Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen

werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

- **Antisemitisch, rassistisch, oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen**
Jede antisemitische, rassistische, oder sonstige menschenverachtende Handlung ist mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar und steht dem Bekenntnis entgegen.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

- **Extremistische Organisationen von Ausländern**
Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat. Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.
- **Rechtsextremistische Organisationen**
Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:
 - Übersteigertes Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
 - Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
 - Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).
 - Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
 - Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.
- **Linksextremistische Organisationen**
Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt,
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme

an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.1**.
- Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ist das feierliche Bekenntnis persönlich in der Einbürgerungsbehörde abzugeben:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Das in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind.

4. Fragen

richten Sie bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde.

Ich bestätige, dass mir eine Fertigung dieses Merkblatts ausgehändigt worden ist.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ich habe dazu keine Fragen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------